

1 Einleitung

Für den Vollzug des Atomgesetzes [1] und der Strahlenschutzverordnung [2] sind in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) mehrere Behörden zuständig. Die Festlegung der Zuständigkeiten erfolgte durch Zuständigkeitsverordnungen der Landesregierung [3, 4, 5].

Das Umweltministerium war von 1991 bis 1995 und von 1998 bis 2006, das Innenministerium war von 1995 bis 1998 und ist seit Herbst 2006 wiederum oberste Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde nach dem Atomgesetz für die kerntechnischen Anlagen KGR (Kernkraftwerk Greifswald) und ZLN (Zwischenlager Nord) sowie Aufsichtsbehörde für jeglichen Umgang mit Kernbrennstoffen.

Auch die Aufgaben, welche sich aus dem Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG) [6] in Bundesauftragsverwaltung für die Länder ergeben, werden in M-V durch die o. g. Behörde wahrgenommen.

Für den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen (z. B. im medizinischen Bereich und in der Industrie) ist gemäß der Landeszuständigkeit für die Strahlenschutzverordnung das Sozialministerium M-V Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde (im Auftrag das Landesamt für Gesundheit und Soziales, LAGuS).

Als nachgeordnete Fachbehörde des Umweltministeriums nahm das Landesamt für Umwelt und Natur M-V (LAUN) am 01.07.1991 die Arbeit auf.

1999 erfolgte eine Zusammenlegung mit dem Geologischen Landesamt zum Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (LUNG). Darin war die Abteilung Strahlenschutz bis 2004 eine eigenständige Abteilung. Die Dezernate dieser Abteilung wurden 2004 nach der Abteilungsauflösung vorübergehend auf andere Abteilungen des LUNG aufgegliedert und ab Mitte 2006 zusammen der Abteilung Umweltanalytik und Strahlenschutz (Abtl. 6) zugeordnet.

Die drei Dezernate, die sich mit den Aufgaben des Strahlenschutzes befassen, befinden sich in der Außenstelle des LUNG in Stralsund:

- Umweltradioaktivitätsüberwachung und Strahlenschutz an kerntechnischen Anlagen
- Radioaktivitätsmessstelle
- Qualitätsmanagement und Online-Messnetze

Folgende Schwerpunktaufgaben werden in den drei Dezernaten bearbeitet:

- Konzipierung, Aktualisierung und Durchführung der Programme zur landesweiten Ermittlung der Radioaktivität in Umweltmedien entsprechend StrVG
- Betrieb der Landeszentrale M-V im „Integrierten Mess- und InformationsSystems“ (IMIS) des Bundes zur Ermittlung der Umweltradioaktivität gemäß AVV-IMIS [7] (Eine Übersicht über die am IMIS beteiligten Institutionen zeigt Abbildung 1 [8].)
- Konzipierung, Aktualisierung und Durchführung der Programme der behördlichen Überwachung an kerntechnischen Anlagen nach der Strahlenschutzverordnung und weiterer Regelwerke wie die Richtlinie zur Emissions- und Immissionsüberwachung kerntechnischer Anlagen [9], die Regeln des Kerntechnischen Ausschusses [10,11] und die Richtlinie zur Kontrolle der Eigenüberwachung radioaktiver Emissionen aus Kernkraftwerken [12]
- Kontrolle der Umgebungsüberwachungsprogramme und -berichte der Betreiber kerntechnischer Anlagen
- Ermittlung der Umweltradioaktivität mittels physikalischer und radiochemischer Methoden einschließlich Feldmessungen im Rahmen o. g. Programme als amtliche bzw. unabhängige Messstelle
- Durchführung von Strahlenschutz- und messtechnischen Aufgaben zur Identifizierung von Kernmaterial im Rahmen der Nuklearen Gefahrenabwehr sowie messtechnische Amtshilfe für andere Behörden [13]
- Aufsicht bei der Beförderung von Kernbrennstoffen auf Land- und Wasserstraßen außerhalb des Hafenbereiches [3]
- Zusammenfassung und fachliche Beurteilung von Strahlenschutzmessdaten aus der Umwelt und aus den kerntechnischen Anlagen

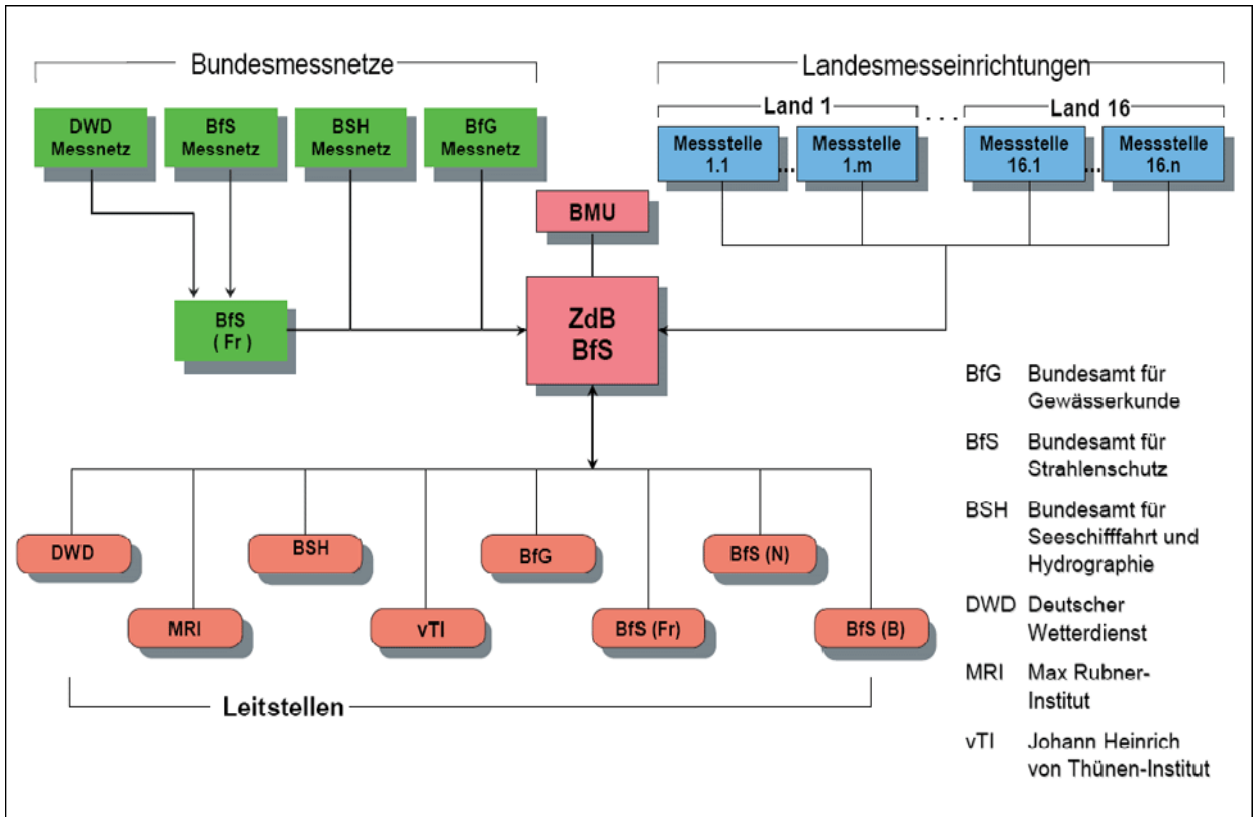


Abbildung 1

Zur Erläuterung:

BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

ZdB Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umweltradioaktivität

BfS(Fr) BfS(Freiburg)

BfS(N) BfS(München-Neuherberg)

BfS(B) BfS(Berlin)

Im vorliegenden Bericht werden für die Jahre 2007 bis 2009 die Ergebnisse aus der Landesüberwachung nach § 3 Strahlenschutzvorsorgegesetz, der Emissions- und Immissionsüberwachung des KGR und des ZLN sowie ausgewählte Ergebnisse aus den Kernmaterialtransportkontrollen zusammenfassend dargestellt. Dieser Bericht ist die Fortsetzung der bisherigen

Publikationen "Umweltradioaktivität in Mecklenburg-Vorpommern - Überwachungsergebnisse" [14, 15, 16, 17].

Zur besseren Übersicht und Vergleichbarkeit wurde die Systematik der Darstellung von Überwachungsdaten in etwa wie in den vorgenannten Berichten beibehalten.